

Ferienwohnungen: EU soll entscheiden

Berlin. Vermittler und Vermieter von sogenannten Ferienwohnungen wehren sich auf EU-Ebene gegen Verbote und Einschränkungen. Eine »European Holiday Home Association« hat nach eigenen Angaben Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt. Sie richtet sich gegen Gesetze und Verordnungen in Städten wie Berlin, Barcelona, Brüssel und Paris, wie der Verband am Donnerstag mitteilte. Ihm gehören Plattformen wie Airbnb, Homeaway (FeWo-direkt.de), Interhome und Tripadvisor an. In Berlin gilt seit Mai ein Ferienwohnungsverbot. Das Land will damit erreichen, dass die Unterkünfte wieder Dauermietern angeboten werden statt Touristen, um so den angespannten Wohnungsmarkt entlasten. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/294204.ferienwohnungen-eu-soll-entscheiden.html>